

## Die Bewegung 'Vaterland - Ganz Rußland' (VGR)

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1999). *Die Bewegung 'Vaterland - Ganz Rußland' (VGR)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 50/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48240>

### Nutzungsbedingungen:

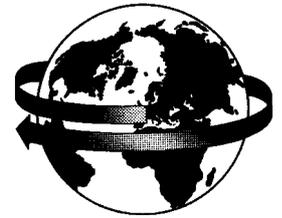
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland  
1999/6*

Nr. 50/1999

16. November 1999

**Die Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR)**

**Zusammenfassung**

Von allen in den letzten beiden Jahren in Rußland entstandenen neuen Bewegungen und Blöcken ist "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR) die politisch wichtigste. Laut jüngsten Meinungsumfragen wird VGR bei der Staatsdumawahl mit 30% die meisten Stimmen bekommen und im neuen Parlament die größte Fraktion bilden. In ihrer Wahlplattform in Form eines Aktionsprogramms hat VGR 142 Gesetzesinitiativen aufgelistet. Die wichtigsten Wahlziele von VGR sind: Verfassungsreform (Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten zugunsten von Parlament und Regierung), Eingrenzung der Kompetenzen von Zentrale und Regionen, Budgetföderalismus, Verabschiedung des neuen Steuergesetzbuches, allmählicher Übergang zu einer Freiwilligenarmee und Einführung eines Ersatzdienstes, Ausarbeitung eines Sozial- und eines Arbeitsgesetzbuches, Stärkung der regulierenden Rolle des Staates in der Wirtschaft. Lushkow kann im VGR-Wahlkampf auf die finanzielle Unterstützung großer russischer Firmen bauen. Zudem verfügt er über einen breitgefächerten Zugang zu Fernsehen, Rundfunk und Printmedien. VGR-Spitzenkandidaten sind Ex-Premier Jewgenij Primakow, Jurij Lushkow und der St. Petersburger Oberbürgermeister Wladimir Jakowlew. Bei der Präsidentenwahl Mitte 2000 wird Lushkow wohl auf seine Kandidatur zugunsten von Primakow verzichten, um vielleicht im Jahr 2004 anzutreten. Lushkow könnte unter einem Präsidenten Primakow das Amt des Premiers übernehmen.

Von allen neuen Bewegungen und Blöcken, die in Rußland in den letzten beiden Jahren entstanden sind, ist "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR) unter dem Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow die wichtigste politische Initiative, weil sie den stärksten Zulauf aufweist und die größte Aufmerksamkeit erregt.

## Gründung und Organisation

Die Bewegung "Vaterland" wurde vom Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow im Herbst 1998 gegründet und am 19. Dezember 1998 beim russischen Justizministerium unter der Nummer 3641 registriert.<sup>1</sup> Gemäß dem auf dem Gründungskongreß am 19. Dezember 1998 angenommenen Statut ist das oberste Organ der Kongreß, der mindestens alle zwei Jahre stattfinden muß. Er wählt den Vorsitzenden der Organisation – es ist Lushkow – und den Zentralrat als das höchste Organ zwischen den Kongressen.

Lushkow erreichte, daß sich die neue regionale Gruppierung "Ganz Rußland" und die der "Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF) nahestehende relativ kleine "Agrarpartei Rußlands" (APR) der Bewegung "Vaterland" anschlossen. Auf diese Weise kann Lushkow eine gewisse Anzahl von Stimmen aus dem kommunistischen bzw. kommunistisch-nahen Lager gewinnen. Wahrscheinlich dürfte der Beschluß der Mehrheit des APR-Zentralrats (107 gegen 42 Stimmen) vom 26. August 1999, sich an der Liste der Bewegung "Vaterland" zu beteiligen, zu ihrer Spaltung führen. So etwa sprach sich der Vorsitzende der Deputiertengruppe der Agrarier in der Staatsduma, Nikolaj Charitonow, gegen das Zusammengehen mit "Vaterland" aus. Die Agrarpartei sollte allein zur Wahl antreten. Inzwischen erklärten über 90 gesamtrossische, interregionale und regionale Parteien und Bewegungen, daß sie "Vaterland" unterstützen.

Am 22. April 1999 formierte sich die regionale Gruppierung mit dem Namen "Ganz Rußland" unter der Leitung von 16 einflußreichen Regionalpolitikern, wie z.B. der Präsidenten von Tatarstan (Mintimer Schajmijew), Baschkortostan (Murtasa Rachimow) und Inguschetien (Ruslan Auschew), des Oberbürgermeisters von St. Petersburg (Wladimir Jakowlew) und der Gouverneure von Chabarowsk, Astrachan, Omsk, Perm und des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen. Dieser neue regionale Block will keine föderale Liste aufstellen, sondern sich auf die Aufstellung von regionalen Listen beschränken. Ein Hauptorganisator dieses neuen Blocks ist der Vorsitzende der Staatsdumagruppe "Russische Regionen", Oleg Morosow. Hinter dieser Gruppierung stehen Kapitalgruppen aus dem Öl- und Gasbereich.

Nach dem Anschluß von "Ganz Rußland" an "Vaterland" nennt sich Lushkows Bewegung nun "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR). Von dieser Entscheidung profitieren beide Bewegungen: "Ganz Rußland" kann allein zur Wahl nicht antreten, weil diese Gruppierung erst nach dem Ende der Registrierungsfrist am 19. Dezember 1998 entstanden ist, ganz abgesehen davon, daß sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht würde überspringen können. Lushkow seinerseits verbessert durch die Hinzunahme der regionalen Gruppierung "Ganz Rußland" seine geringe Popularität in den Regionen.

---

<sup>1</sup> Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Hrsg.), Obščerossijskie izbiratel'nye ob- edinenija nakanune vyborov deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii tret'ego sozyva. Spravočnik. Moskau 1999, S. 162.

Nach eigenen Angaben zählte "Vaterland" Mitte September 1999 380.000 Mitglieder, von denen 20% jünger als 30 Jahre und 40% jünger als 45 Jahre waren.<sup>2</sup>

### **Programmatik**

Als oberste Werte bezeichnet VGR "Freiheit, Gesetz, Eintracht". In ihrem Manifest von Mitte April 1999 – ein Programm liegt noch nicht vor – bekennt sich "Vaterland" zu sozialdemokratischen Werten. Die Wahlplattform von VGR<sup>3</sup> besteht aus sechs Kapiteln mit den Überschriften: "Sozialstaat für den Menschen", "Kultur und geistige Werte einer gesunden Gesellschaft", "Effektive Organisation der Macht", "Staat und föderative Beziehungen", "Bedingungen des sozio-ökonomischen Wachstums", "Reform des Gesetzgebungsprozesses". In diesen Kapiteln werden 142 gesetzgeberische Initiativen – sozusagen in Form eines Aktionsprogramms – aufgelistet und kurz beschrieben, welche die VGR in der neuen Staatsduma einbringen möchte – insofern ist die Wahlplattform präzise. In der Einleitung wird erklärt, daß sich VGR für eine Erweiterung der Kompetenzen der Staatsduma einsetzen werde. Priorität in der parlamentarischen Arbeit werden die konsequente Entwicklung der föderalen Beziehungen, die Stärkung des Staates und die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum haben.

In der *Sozialpolitik* verfolgt VGR folgende Ziele: Anhebung der Einkommen der Bevölkerung, Unterstützung der Familien sowie der alleinerziehenden Frauen, Verbesserung der Situation der Rentner sowie der gesundheitlichen Versorgung und Erleichterungen bei der Gewährung von Krediten an die Bevölkerung für den Kauf von Wohnungen und höherwertigen Konsumgütern.<sup>4</sup> Von den im Sozialkapitel vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen dürfte die Ausarbeitung eines Sozialgesetzbuches und eines Arbeitsgesetzbuches die wichtigste sein. Ferner sollen Gesetzentwürfe zu folgenden wichtigen Themen vorgelegt werden: staatliche soziale Standards, Renten, Schutz der Invaliden, Wiedereingliederung ehemaliger Häftlinge, Obdachlose und Bettler, soziale Partnerschaft, öffentlicher Dienst, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Schutz von Privateigentum, geistiges Eigentum, Schutz unternehmerischer Tätigkeit, Schutz privater Bankeinlagen.

In ihrem *Wissenschafts- und Kulturprogramm* setzt VGR folgende Prioritäten: Förderung der Grundlagenforschung, Einführung und Entwicklung moderner Technologien, Anhebung des sozialen Status der Wissenschaftler, Gewährleistung einer allgemein zugänglichen sowie qualitativ hochwertigen Bildung, Unterstützung der Kulturschaffenden und Wahrung der sprachlichen Selbständigkeit der Völker Rußlands.

---

<sup>2</sup> Věrsty, Nr. 74 (30.9.-1.10.) 1999, zitiert nach: Centr političeskich tehnologij (Hrsg.), Partii pered vyborami: Otečestvo – vsja Rossija. Moskau, Oktober 1999.

<sup>3</sup> Dem Autor in Moskau am 20.10.1999 von Oleg Morosow, Sekretär des VGR-Koordinationsrats, Vorsitzender der Staatsdumagruppe "Russische Regionen" und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik, als Computerausdruck übergeben.

<sup>4</sup> Nezavisimaja gazeta, 13.10.1999, S. 12.

Bei der *effektiveren Organisation des Staates* verfolgt VGR folgende Ziele: Korrektur des Systems der staatlichen Gewalten durch eine Verfassungsreform, Stärkung der Organe der örtlichen Selbstverwaltung, Reform des Gerichtssystems, Einhaltung von Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit Rußlands, Anhebung des sozialen Status der Militärangehörigen und schrittweiser Übergang zu einer Freiwilligenarmee. Dazu möchte VGR folgende Gesetzesinitiativen ergreifen: Stärkung der Rolle der Staatsduma bei der Regierungsbildung in dem Sinn, daß die Staatsduma nicht nur dem Premier zustimmen muß, sondern auch der Ernennung der "Macht"minister, also des Verteidigungs-, des Innen- und des Zivilverteidigungsministers, sowie des Außen- und des Finanzministers. Ferner muß der neue Premier nach diesem Gesetzesvorhaben sein Regierungsprogramm mit der Staatsduma diskutieren. Schließlich will die Staatsduma ermächtigt werden, die Regierung zu entlassen, wenn sie ihr innerhalb von drei Monaten zweimal das Mißtrauen ausgesprochen hat. Weitere Gesetzentwürfe will VGR vorlegen, u.a. über das Oberste Gericht, über die Rechtsanwaltschaft, über die Einführung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, über die Präzisierung der Kompetenzen des Präsidenten, insbesondere seines Rechts, Dekrete zu erlassen, sowie über die Ordnung für die vorzeitige Beendigung der Vollmachten des Präsidenten im Krankheitsfall, über die Einführung des Amtes eines Vizepräsidenten, über den Sicherheitsrat, über die Einberufung einer Verfassungsversammlung, über die Erweiterung der Kompetenzen des Föderationsrats bezüglich des Einsatzes der Streitkräfte innerhalb Rußlands zur Gewährleistung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes, über den Ausnahme- und Kriegszustand, über die Streitkräfte, über den Ersatzdienst, über die zivile Kontrolle der Streitkräfte, über die Unterstützung der Landsleute im Ausland und über das Recht auf Arbeit.

Auf dem Gebiet der *föderativen Beziehungen* will VGR die Kompetenzen des Zentrums und der Regionen stärker abgrenzen, Rechtsprinzipien für das Schlichtungsverfahren in Streitfällen zwischen föderalen und regionalen Machtorganen ausarbeiten, jedem Territorium die Erhaltung und Entwicklung seiner Eigenart garantieren, ein umfassendes und klares Finanzierungssystem regionaler Programme einführen, das die sozio-ökonomischen, geographischen und sonstigen Besonderheiten jeder Region berücksichtigt. Zur Erreichung dieser Ziele möchte VGR u.a. folgende Gesetzesinitiativen einbringen: über den Eintritt in die und den Austritt aus der Rußländischen Föderation sowie über die Bildung neuer Föderationssubjekte innerhalb der Rußländischen Föderation, über den föderativen Staat (strengere Abgrenzung der Kompetenzen der Zentrale und der Föderationssubjekte sowie der Interregionalen Wirtschaftsassoziationen) und über den Budgetföderalismus.

In der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* setzt VGR folgende Prioritäten: Unterstützung der einheimischen Produktion und Schutz des russischen Binnenmarktes, Stärkung der regulierenden Rolle des Staates, Unterstützung der Landwirtschaft und Gewährleistung der Sicherheit in der Nahrungsmittelversorgung, Reform der Besteuerung, Gewährleistung der ökonomischen Freiheit und der unternehmerischen Tätigkeit sowie Verbesserung der staatlichen Budgetpolitik.

Das wichtigste konkrete Vorhaben im Bereich der 31 gesetzgeberischen Initiativen von VGR zu diesem Themenbereich dürfte die Verabschiedung des neuen Steuerrechts sein.

Schließlich möchte VGR den *Gesetzgebungsprozeß* reformieren. Die diesbezüglichen gesetzgeberischen Initiativen von VGR umfassen eine bessere Vorbereitung von Gesetzen, die unabhängige Beratung durch Experten, die Inventarisierung aller Rechtsakte und die Herausgabe einer Sammlung aller Gesetze.

Die Wahlplattform ist in ihren den Gesetzesvorhaben vorangestellten Passagen relativ allgemein formuliert. Es stellt sich dabei sofort die Frage, wie die vielen Versprechungen finanziert werden sollen, die in diesem Teil der Wahlplattform gemacht werden. In ihren Katalog von Gesetzesvorhaben ist die Wahlplattform sehr konkret und sucht ihresgleichen unter den Wahlplattformen ihrer Konkurrenten. Dieses Gesetzgebungsprogramm, das sich VGR vorgenommen hat, ist in einer Legislaturperiode kaum zu erfüllen, ganz abgesehen davon, daß sich VGR bei jeder Abstimmung Bundesgenossen in anderen Fraktionen suchen muß und wohl nicht immer finden wird. Bemerkenswert ist, daß in der Wahlplattform kein Wort zur Außenpolitik steht, obwohl zu Lushkows enger Umgebung auch Außenpolitiker gehören wie die bereits erwähnten Jastrshembskij und Karaganow.

### **Wahlkampffinanzierung**

Für die Finanzierung des Wahlkampfs von VGR und des späteren Präsidentschaftswahlkampfs benötigt Lushkow entsprechende Finanzmittel. Es ist nicht auszuschließen, daß sich der Konzern GASPROM, der die bisherige "Partei der Macht" – Tschernomyrdins "Unser Haus Rußland" (UHR) – unterstützt hat,<sup>5</sup> angesichts der Aussichtslosigkeit von UHR, in die Staatsduma zu kommen, dazu durchringt, die faktisch neue "Partei der Macht", VGR, finanziell zu fördern. Zu den weiteren Sponsoren Lushkows gehören der Konzern "Sistema", der Erdölgigant "Lukoil" und die Fluggesellschaft "Transaero".<sup>6</sup>

Der Konzern "Sistema" umfaßt über 100 Firmen und hatte 1998 nach Auskunft seines Präsidenten Jewgenij Nowizkij eine Eigenkapitaldecke von 1,4 Mrd. US-\$. Zum Konzern gehören Telekommunikations-, Mikroelektronik-, Erdöl-, Bau-, Touristik-, Nahrungsmittel- und Handelsfirmen sowie Banken und Medienkonzerne. 1998 wurde aus "Sistema" die Holding "Sistema-Telekom" ausgegliedert, zu der Firmen des Moskauer städtischen sowie des mobilen Telefonnetzes gehören.<sup>7</sup> Zu den Finanzstrukturen der Stadt Moskau zählen die verschiedenen Beteiligungen an der "Bank Moskvj" und an der MOST-Bank sowie die unterschiedlich engen Beziehungen zu diesen Banken. Sie dürften auch ihren Beitrag zur Finanzierung des Wahlkampfs von VGR leisten.

<sup>5</sup> Vgl. dazu: Heiko Pleines/Kirsten Westphal, Rußlands Gazprom. Teil I: Die Rolle des Gaskonzerns in der russischen Politik und Wirtschaft. Berichte des BIOst, Nr. 33-1999.

<sup>6</sup> Michail Stoljarow, Mit kleinen Aufmerksamkeiten Einfluß gewinnen. Wer in Rußland welche Partei im Wahlkampf unterstützt, in: Moskauer Deutsche Zeitung, Nr. 10 (Oktober) 1999, S. 3.

<sup>7</sup> Datenbank "Labirint" der Moskauer Informationsgruppe "Panorama".

## Medien

Für eine erfolgreiche Wahlkampfführung ist gute Medienpräsenz erforderlich, vor allem im Fernsbereich, denn das Fernsehen ist das einzige Medium, mit dem eine landesweite Wirkung erzielt werden kann. Die Moskauer Stadtregierung hält 90% der Aktien des Fernsehsenders "TV-Zentr", den zur Zeit 32% der russischen Bevölkerung empfangen können und der demnächst sein Programm über Satellit ausstrahlen möchte. Vorsitzender des Aufsichtsrats von TV-Zentr ist der Stellvertreter von Lushkow mit der Zuständigkeit für internationale Beziehungen und Medien, Sergej Jastrshembskij, bis September 1998 Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und Pressesprecher des russischen Präsidenten. Einige Finanzanteile besitzt die Moskauer Stadtregierung an den Fernsehsendern "TV 6" und "Tele Ekspo". Lushkow hält ferner Anteile am Rundfunksender "cho Moskvj".

*Durch den Erwerb von "Metropolis" kontrolliert Lushkow im Printbereich vollständig das Druckereikombinat "Moskovskaja pravda", einen der größten Pressekomplexe Rußlands. Zu ihm gehören die populäre Wochenzeitung "Literaturnaja gazeta". Anteile hält die Moskauer Stadtregierung an den Presseorganen "Rossija", "Moskovskaja pravda", "Večernjaja Moskva", "Tverskaja 13", "Večernij klub", "Obščaja gazeta" und "Moskovskij komsomolec" sowie am Nachrichtenmagazin "Itogi".<sup>8</sup>*

## Kandidaten

Für die Staatsdumawahl wurden von VGR folgende drei Spitzenkandidaten aufgestellt: Ex-Premier *Jewgenij Primakow*, der Vorsitzende der Bewegung "Vaterland" und Oberbürgermeister von Moskau, *Jurij Lushkow*, der sein Mandat nicht annehmen kann, falls er als Oberbürgermeister am 19. Dezember 1999 wiedergewählt werden sollte und damit automatisch dem Föderationsrat angehören würde, sowie der Gouverneur und Oberbürgermeister von St. Petersburg, *Wladimir Jakowlew*, der voraussichtlich sein Mandat ebenfalls nicht annehmen wird, weil er nicht bereit sein dürfte, seinen Gouverneursposten und sein damit verbundenes Föderationsratsmandat aufzugeben.

Von der 18 Namen umfassenden und politisch sowie kompetenzmäßig breitgefächerten föderalen VGR-Liste seien die wichtigsten Kandidaten in der Rangfolge ihrer Platzierung genannt: die Staatsdumaabgeordnete und Vorsitzende der Bewegung "Frauen Rußlands", Jekaterina Lachowa (4.); der Staatsdumaabgeordnete und APR-Vorsitzende, Michail Lapschin (5.); der Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Kultur, Stanislaw Goworuchin (6.); der Staatsdumaabgeordnete und letzte Kommandeur der sowjetischen Truppen in Afghanistan, Generaloberst Boris Gromow (7.); der Sekretär des VGR-Koordinationsrats und Vorsitzende der Staatsdumagruppe "Russische Regionen" sowie Stellvertretende Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik, Oleg Morosow (8.); der ehemalige Erste Stellvertretende Außenminister (1996-98), Boris Pastuchow (10.); der ehemalige Stellvertretende Regierungschef (1998-99) und Mitglied der APR-Leitung, Gennadij Kulik (11.); der Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Haushalt, Steuern und

<sup>8</sup> Neue Zürcher Zeitung, 23.8.1999. Information von Peter Hübner und vom Auswärtigen Nachrichten- und Forschungsbüro in Leipzig. Persönliche Information, die der Autor während seiner Moskaureise Mitte Oktober 1999 erhielt.

<sup>9</sup> Rossijskaja gazeta, 20., 21. und 26.10.1999.

Finanzen, Aleksandr Shukow (12.), und die ehemalige Gesundheitsministerin (1966-98), Tatjana Dmitrijewa (13.).

VGR stellt auf ihren verschiedenen regionalen Listen mit insgesamt 255 Kandidaten vergleichsweise viele Offiziere als Kandidaten auf, u.a. den bereits erwähnten Generaloberst Boris Gromow; den Stellvertretenden Leiter des Regierungsapparats, Generalmajor Aleksandr Piskunow (Liste "Norden Rußlands" Platz 2); den inzwischen hochbetagten Erfinder der nach ihm benannten Maschinenpistole, Generalmajor Sergej Kalaschnikow (Liste der Republik Udmurtien und des Gebiets Kirow Platz 2), und den ehemaligen Innenminister, Marschall Viktor Kulikow (Moskauer Liste Platz 5). Bekannt sind ferner folgende Kandidaten: der ehemalige Erste Stellvertretende Verteidigungsminister (1992-97) und kurzzeitige Sekretär des Sicherheitsrats (1998), Andrej Kokoschin (Liste Moskau Platz 4); der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende Artur Tschilingarow (Liste "Norden Rußlands" Platz 1); der Stellvertretende Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften und Leiter des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik, Sergej Karaganow (Liste Tatarstan Platz 4); der bereits erwähnte Stellvertretende Leiter der Regierung der Stadt Moskau, Sergej Jastrshembskij (Liste Wolga-Region Platz 2), und der Präsident des "Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer", Arkadij Wolskij (Liste Tomsk-Omsk Platz 1).

### **Wahlprognosen**

Die letzte veröffentlichte Prognose<sup>10</sup> der Staatsdumawahlergebnisse stützt sich auf eine Umfrage des angesehenen "Russischen unabhängigen Instituts für soziale und nationale Probleme", die zwischen dem 2. und 4. Oktober 1999 unter 2.200 Personen aus elf sozialen Gruppen in zwölf ökonomisch-territorialen Regionen Rußlands durchgeführt wurde. Nach dieser Prognose erhält VGR 30,6% aller abgegebenen Stimmen.

In der neuen Staatsduma wird es wahrscheinlich nur drei Fraktionen geben: die Fraktionen von VGR, der KPRF und der jeltzinkritischen Demokraten von "Jabloko", wobei die VGR-Fraktion wohl die größte sein dürfte. Diese Fraktionen werden vermutlich nur in einem Punkt zusammenarbeiten, nämlich bei der Verfassungsreform. Diese Reform dürfte ein länger andauernder Prozeß werden, mit dessen erster Phase noch vor der Präsidentenwahl begonnen werden könnte. Absehbar sind folgende Änderungselemente: (1.) Die Entlassung der Regierung durch den Präsidenten darf nicht ohne Zustimmung des Parlaments (entweder Zustimmung der Staatsduma oder der Staatsduma und des Föderationsrats) erfolgen. (2.) Die Rolle der Staatsduma bei der Ministerernennung soll gestärkt werden. (3.) Erweiterung der Rechte des Parlaments bei der Bildung von Untersuchungsausschüssen. Damit dürften die politischen Gemeinsamkeiten der drei Fraktionen auch schon aufgebraucht sein. Ansonsten werden sich bei den einzelnen Abstimmungen ständig wechselnde Ad-hoc-Koalitionen bilden, die sich danach richten dürften, welche Interessen die jeweilige Fraktion mit dem entsprechenden Gesetzentwurf verbindet.

<sup>10</sup>Nezavisimaja gazeta, 14.10.1999.

In welchem Maß das Spannungsverhältnis Staatsduma – Präsident erhalten bleibt, hängt vom Ergebnis der Präsidentenwahl ab. Lushkow wird wohl bei den Präsidentenwahlen im Sommer 2000 nicht kandidieren, sondern Primakow den Vortritt lassen und im Gespann mit ihm als zukünftiger Premier antreten. Möglicherweise gibt es zwischen beiden eine Absprache dergestalt, daß Lushkow im Jahr 2004 kandidiert, wenn Primakow aus Alters- und Gesundheitsgründen – er ist schwer zuckerkrank und wäre Mitte 2004 74 Jahre alt – nicht mehr antreten würde.

Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN

herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0945-4071